

in den Blick komme. Im Anschluss an Laclau/Mouffes Hegemonietheorie sieht sie das Potenzial für den Feminismus auch darin, zu erkennen, „daß „Patriarchat“ oder „Systeme“ maskuliner Herrschaft keine systemischen Totalitäten sind, die Frauen in Positionen der Unterdrückung halten müssen, sondern vielmehr hegemoniale Machtformen, die ihre eigene Zerbrechlichkeit genau in dieser Operation ihrer Wiederholbarkeit enthüllen“ (ebenda: 256).

## 2.6 RADIKALE DEMOKRATIE UND KRITIK

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft als Vision wird von Laclau/Mouffe nicht verworfen (auch wenn sie unerreichbar gilt), wird aber anders gedacht: Wenn die kontingen-ten Grundlagen von Hegemonie jederzeit sichtbar eingestanden und reflektiert werden, sich Institutionen also jederzeit für Veränderung öffnen, sei eine permanente Revolution der Institutionen möglich. Herrschaft entwickele sich, wenn diese Offenheit für Veränderung durch die Behauptung, ein politischer Zustand repräsentiere die Gesellschaft vollständig (also durch die Naturalisierung einer bestimmten Sichtweise), beendet werde und Ausschlüsse dadurch ignoriert und zementiert werden (Distelhorst 2007: 177). Wenn die Illusion, dass Macht aufgelöst werden könne, aufgegeben werde, sei die Hauptfrage radikaler demokratischer Politik nach Laclau/ Mouffe, wie mit pluralistischen demokratischen Werten vereinbarte Identitäts- und Machtformen gebildet werden und gleichzeitig herrschende Machtverhältnisse trans-formiert werden können – in diesem Kontext entwickelte vor allem Chantal Mouffe das Konzept der radikalen Demokratie (Laclau/Mouffe 2015: 25). Vor dem Hinter-grund der Erkenntnis, dass es keine objektiven ewigen „Wahrheiten gibt, sei es [...] notwendig, den Dissens anzuerkennen“ (Glasze/Mattissek 2009a: 168). Wenn so-wohl vollständige Äquivalenz als auch vollständige Differenz als unmöglich erkannt werden, dann könne nur die „Anerkennung der Vielfalt sozialer Logiken und der Notwendigkeit ihrer Artikulation“ (Laclau/Mouffe 2015: 29), also ein radikaler Plu-ralismus, demokratisch sein. Insofern könne auch keine demokratische Geschlechter-politik Macht auflösen, aber sie könne „die Strukturierung der Geschlechterdifferenz als Herrschaftsverhältnis“ (Distelhorst 2007: 177) überwinden. Geschlechtshierar-chisch verfasste Dichotomien wie öffentlich/privat, Kultur/Natur, etc. seien als Er-gebnis hegemonialer Artikulation zu werten und ihre Grenzziehungen als von Macht-verhältnissen abhängig. Zentraler Bestandteil ihrer Konzeption des Ökonomischen sei daher eine Subversion der Dichotomien öffentlich/privat, bürgerliche/politische Gesellschaft, die im Rahmen des neo-konservativen Diskurses den Bereich des Poli-tischen beschränken (ebenda: 224). Dies würde letztlich dann auch zu einer Auflö-sung der Dichotomie Ökonomie/Gesellschaft, bzw. Ökonomie/Politik führen.

Mit der Zentralität von Machtverhältnissen in ihrer Vorstellung von radikaler Demokratie grenzen Laclau/Mouffe sich eindeutig von liberalen und einigen post-modernen Vorstellungen pluralistischer Demokratie ab, die für Machtverhältnisse und Ausschließungen blind sind. Im Gegensatz dazu wollen Laclau/Mouffe Unter-ordnungsformen, die auf Ausschluss beruhen, zerstören. Solche liberalen und post-modernen Vorstellungen von Demokratie beruhen auf der Abschaffung des Antago-nismus (z.B. durch die Behauptung der Gleichheit aller) und damit einem scheinba-ren Verschwinden des Politischen. Mit der zentralen Stellung von Antagonismus und

Machtverhältnissen haben Laclau/Mouffe versucht, konsequent mit der Erkenntnis umzugehen, dass es keine totale, sondern nur partielle Emanzipationen geben könne (ebenda: 24f.).

Nancy Fraser kritisiert an der Theorie radikaler Demokratie, dass sie die politische Ökonomie ausklammere, hauptsächlich als Gegengewicht zur Identitätspolitik diene, durch den Fokus auf Anerkennung von Vielfältigkeit Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit ausklammere und dadurch ihren emanzipatorischen Anspruch konterkarriere (Fraser 2001: 263). Diese Kritik halte ich für teilweise gerechtfertigt. Auf der einen Seite fokussiert die Theorie auf die Dekonstruktion von Identität und sozialen Verhältnissen und es liegt daher weniger auf der Hand, die Theorie zu nutzen, um derzeitige Verteilungsverhältnisse aufzuzeigen. Sie kann aber die Diskurse (und über den erweiterten Diskursbegriff auch soziale Praktiken) analysieren, die eine solche Verteilung ermöglicht/hervorgerufen haben und weiterhin ermöglichen sowie die damit verbundenen Machtverhältnisse offenlegen. Dabei geht es Laclau/Mouffe auch darum, nach dem Zusammenbruch des ‚real existierenden Sozialismus‘ eine Analyse für dessen Scheitern zu liefern und neue Perspektiven für die politische Linke zu eröffnen. Politisch ökonomisch schließen sie daher an den Sozialismus an, denken diesen aber neu bzw. weiter: „Wie gesagt enthält jedes Projekt für radikale Demokratie notwendigerweise eine sozialistische Dimension (die Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse); es verwirft jedoch die Vorstellung, dass aus dieser Abschaffung notwendig die Beseitigung aller Ungleichheiten folgt“ (Laclau/Mouffe 2015: 232).<sup>24</sup> Sozialismus sei daher „einer der Bestandteile eines Projekts für radikale Demokratie, nicht umgekehrt“ (ebenda: 216). In der Anerkennung der Vielfältigkeit politischer Kämpfe und Diskurse, der Pluralität von politischen Räumen, sehen sie die Bedingung der Verwirklichung des sozialistischen Ideals (ebenda: 232). Eine „Konzentration von Macht und Wissen“ sei damit unvereinbar (ebenda: 216). Auch Laclau/Mouffe halten demnach – ebenso wie Nancy Fraser – die politische Ökonomie für einen wesentlichen Bestandteil radikaler Demokratie. Allerdings ist die Kritik von Nancy Fraser insofern berechtigt, als dass die politische Ökonomie im Gegensatz zur Dekonstruktion in der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe eher einen Nebenschauplatz darstellt. Es bleibe daher „unklar, wie das Projekt einer radikalen Demokratie eine kulturbetonte Politik der Anerkennung mit einer Sozialpolitik der Umverteilung [und Gerechtigkeit] verbinden kann“ (Fraser 2001: 263f.). Die Theorie verfüge darüber hinaus nicht über eine Grundlage, mit der man „gerechte von ungerechten Differenzen unterscheiden“ könne (ebenda: 264). Nancy Fraser lehnt die antiessentialistische Diskurstheorie aber nicht ab, sondern sieht in ihrem Verständnis der Konstruktion von Identität und Differenz einen Erkenntnisgewinn. Politik sollte nach ihrer Auffassung aber nicht ausschließlich dekonstruktiv sein. Die Herausforderung liege darin, die Dekonstruktion mit einer egalitären Sozialpolitik (Fraser 2001:

---

24 Die sozialistische Vorstellung der Arbeiterselbstverwaltung von Produktionsmitteln wird abgelehnt, da die Konstruktion von „Arbeiterinteressen“ auf Ausschluss beruhe, bspw. von „ökologische[n] Forderungen oder Forderungen anderer Gruppen“ (Laclau/Mouffe 2015: 217) und daher die „wahre Partizipation aller Subjekte an Entscheidungen über das, was produziert, wie es produziert und über die Formen, in denen das Produkt verteilt werden soll, auf dem Spiel steht“ (ebenda: 216f.).

273) sowie sozial-ökologischer Gerechtigkeit zu verbinden. Diesem Mangel der Diskurstheorie begegne ich in den Kapiteln 3 und 4 mit einer theoretischen, methodischen und positionierenden Verknüpfung mit dem Vorsorgenden Wirtschaften.

